

Die FGIL zum Expertenbericht "Staat/Kirchen":

### **Die Zeit ist reif für einen überkonfessionellen Werteunterricht als Pflichtfach**

Auch wenn das sogenannte Expertengremium noch keine fertigen Lösungsvorschläge zur Frage des Moral- und Religionsunterrichtes an den Schulen unterbreitet hat, zeichnet sich die Gefahr ab, dass es unter dem Vorwand der Gleichheit zwischen allen Glaubensrichtungen, in absehbarer Zukunft zu einer wundersamen Vermehrung der Religionsunterrichte kommen kann.

Der Vorstand der FGIL warnt eindringlich davor, dass eine solche Entwicklung unweigerlich zu gefährlichen Spaltungen der luxemburgischen Gesellschaft führen würde.

Als FGIL können wir uns weder eine öffentliche Schule vorstellen, in welcher wie bisher eine einzige Glaubensrichtung eine Monopolstellung in Sachen religiöser Erziehung für sich beansprucht, noch eine solche, in welcher Lehrbeauftragte der verschiedensten Konfessionen sich die Schüler aufteilen und in getrennten Kursen mit unterschiedlichen Programmen unterrichten.

In einer solchen Konstellation würde die soziale und kulturelle Kohäsionsfunktion der Schule stark gefährdet. Auch würden Staat und Gemeinden vor gravierende, organisatorische und finanzielle Probleme gestellt.

Aufgabe der öffentlichen Schule muss es sein, die Frage der ethischen Erziehung der Schüler im Sinne einer modernen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft zu regeln.

Die FGIL erinnert daher an ihre langjährige Forderung, anstelle konfessioneller Religionsunterrichte einen für alle Schüler einheitlichen, überkonfessionellen Werteunterricht einzuführen.

Ein solcher, auf den Prinzipien der Allgemeinen Menschenrechtserklärung fußender Unterricht würde die Schüler und künftigen Bürger zusammenführen anstatt sie zu trennen.

Als FGIL möchten wir noch einmal daran erinnern, dass der Staatsrat, sicherlich auch ein Expertengremium, in seiner Stellungnahme zur Reform des Schulgesetzes im Jahre 2009 zum Schluss gekommen ist, die Einführung eines überkonfessionellen Werteunterrichtes stelle die bessere Lösung dar, an der mittelfristig kein Weg vorbeiführe.

Die Regierung, besonders aber die verantwortliche Schulministerin sollten endlich diesbezüglich einen Vorstoß wagen. Eine breite Unterstützung im Lande und im Parlament wäre ihnen sicher.

Pressemitteilung der FGIL  
(Fédération Générale des Instituteurs Luxembourgeois)